

GESUNDHEITSPOLITIK UND GESELLSCHAFT

Uneins bei Patientenrechten

Online auf www.aerztezeitung.de

Ins Suchfeld Artikel-Nr. eingeben: **SUCHE**

KURZ NOTIERT

Fusions-Frist für die BKK für Heilberufe läuft ab

DÜSSELDORF/BERLIN (fst). Am Mittwochabend ist die Frist für die angeschlagene BKK für Heilberufe abgelaufen, um einen Fusionspartner zu präsentieren. Doch der ist nicht in Sicht, sagte Kassensprecher Ulrich Rosendahl der „Ärzte Zeitung“. „Der Ball liegt jetzt wieder beim Bundesversicherungsamt“, so der Sprecher. Als wahrscheinlich gilt, dass die Kassenaufsicht nun eine Schließung anordnet. Allerdings drängt die Zeit, falls das BVA die Kasse zum 31. Dezember 2011 dichtmachen will. Denn dann müssten umgehend alle Versicherten über die Modalitäten des Kassenwechsels informiert werden.

Sanitätsdienst soll um 26 Prozent schrumpfen

NEU-ISENBURG (bee). Die Bundeswehrreform von Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) hat Auswirkungen auf den Sanitätsdienst. So sollen künftig dem Sanitätsdienst nur noch 14620 Soldaten angehören und damit 26 Prozent weniger als bisher. Die regionale Versorgung und die Einsatzunterstützung sollen „fähigkeitsorientiert“ zusammengefasst werden. So soll etwa das Bundeswehrkrankenhaus in Koblenz bleiben, das Sanitätsführungskommando an diesem Standort wird allerdings aufgelöst. Das Flugmedizinische Institut der Luftwaffe wird von Fürstentfeldbruck (Bayern) nach Köln verlegt.

Medi schließt sich nicht Spitzenverbänden an

STUTTGART (fst). Der Ärzterverband Medi Deutschland hat – wie auch der Hausärzteverband – angekündigt, nicht die Resolution von Bundesärztekammer, KBV und ärztlichen Spitzenverbänden unterstützen zu wollen. In dem Papier hatten die Verbände unter anderem Änderungen bei der geplanten spezialärztlichen Versorgung und eine schnelle GOÄ-Novelle gefordert. Medi-Chef Dr. Werner Baumgärtner begründete die Absage damit, das Papier enthalte „keine einzige unserer Kernforderungen“ – wie etwa eine feste Vergütung in Euro und Cent. Medi moniert zudem, dass die Resolution „kein Wort“ zu Selektivverträgen enthält, die Medi vorantreibt.

DKG und GKV uneins über falsche Rechnungen

BERLIN (jvb). GKV-Spitzenverband und Deutsche Krankengesellschaft (DKG) streiten über das Ausmaß fehlerhafter Klinikabrechnungen. Johann-Magnus von Stackelberg vom GKV-Spitzenverband bat am Donnerstag im Bundestags-Gesundheitsausschuss „inständig“ darum, der Gesetzgeber möge eingreifen. Er bezifferte den Gesamtschaden 2010 auf „bis zu 1,5 Milliarden Euro“. Dagegen bezeichnete Georg Baum von der DKG betrügerische Abrechnungen als „totale Ausnahme“. Die Kassen lehnen die Regelung ab, wonach sie Kliniken 300 Euro zahlen müssen, wenn sich überprüfte Rechnungen als korrekt herausstellen.

Patient und Arzt auf Augenhöhe – ist das wirklich möglich?

Lange schon sind Ärzte für ihre Patienten nicht mehr die „Halbgötter in Weiß“. Viele Patienten hinterfragen kritisch Diagnose und Therapie. Doch können sich Patienten auf Augenhöhe mit Ärzten treffen? Die KBV sucht Antworten.

Von Sunna Gieseke

BERLIN. Immer mehr Patienten informieren sich bereits vor dem Arztbesuch im Internet. Das birgt Gefahren: Viele Patienten finden nur „mit Glück“ die Informationen, die sie wirklich brauchen. Davor hat die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) anlässlich der Podiumsdiskussion zum Thema „Arzt und Patient: Wie viel Selbstbestimmung darf's denn sein?“ in Berlin gewarnt.

Karin Stötzner, Patientenvertreterin im Gemeinsamen Bundesausschuss, betonte, dass man die Patienten gezielt mit Informationen versorgen könne, indem man Selbsthilfegruppen stärke. Gerade die lieferten „viel Expertenwissen in eigener Sache“. Für mehr Patientensouveränität bräuchten die Selbsthilfegruppen aber mehr Mitspracherecht im Gesundheitswesen. Entscheidungen dürften nicht nur über die Köpfe der Patienten hinweg getroffen werden.



„Patienten finden nur mit Glück die richtige Information im Internet“: Dr. Carl-Heinz Müller, stellvertretender Vorsitzender der KBV. © KV RLP

KBV-Vorstand Carl-Heinz Müller forderte Versicherte auf, mehr Eigenverantwortung zu übernehmen. Im Gesundheitssystem mündig zu sein, bedeute viel mehr als lediglich einen Blick auf Online-Portale zu werfen: „Patienten müssen sich aktiv mit ihren Krankheiten auseinandersetzen“, forderte Müller. Es reiche nicht, ein Medikament zu schlucken, wenn der Patient auch seine Ernährung ändern und mehr Sport machen sollte.

Patientenvertreter Wolfram-Armid Candidus konterte, dass Patienten zu sehr dazu erzogen seien, auf das System zu vertrauen. „Patienten werden nicht herangeführt, gesund zu bleiben.“ Wenn sie dann krank würden, seien sie dem Gesundheitssystem hilflos ausgeliefert. Daher sei es notwendig, dass sich Versicherte bereits als Gesunde mit Vorsorge beschäftigen. Er plädierte für Präventionsunterricht in der Schule.



„Selbsthilfegruppen brauchen mehr Mitspracherecht im Gesundheitswesen“: Patientvertreterin Karin Stötzner vom GBA. © SEKIS

Dagegen betonte Müller, dass Patienten sich ohnehin bestens im Gesundheitssystem auskennen würden, schließlich seien sie von Anfang an darin eingebettet.

Gerhard Schillinger vom AOK-Bundesverband forderte, dass jeder Patient die Möglichkeit haben sollte, sich gut auf einen Arzttermin oder eine Krankenhausbehandlung vorzubereiten zu können. Der Arztnavigator der AOK, der Barmer GEK und dem Projekt Weisse Liste biete die notwendige Hilfestellung bei der Suche nach einem geeigneten Arzt oder Krankenhaus (wir berichteten). Schließlich hätten Kassen eine immer größere Verantwortung, Patienten zu informieren. „Nur so können Patienten souverän mit dem Arzt sprechen“, so Schillinger. Patienteninformation sei neben der Finanzierung der Versorgung heute die zweite große Aufgabe der Krankenkassen.

Versorgungsgesetz: Bund widerspricht Länderforderungen

BERLIN (bee). Die Bundesregierung hat die Änderungswünsche der Länder zum Versorgungsstrukturgesetz überwiegend zurückgewiesen. Bei 40 von 58 Vorschlägen der Länder erklärt das Bundesgesundheitsministerium, man könne dem „nicht entsprechen“.

Zur spezialärztlichen Versorgung, dem zentralen Streitpunkt zwischen Bund und Ländern in den vergangenen Wochen, schreibt die Regierung, dass der „Vorschlag im weiteren Gesetzgebungsverfahren geprüft“ werde. Wie berichtet, hatten sich Bund und Länder nach mehrfachen Gesprächen inzwischen bei diesem Punkt geeinigt. Dabei ist der Bund

Beim Thema MVZ soll es keine Änderung geben.

den Ländern in vielen Punkten entgegen gekommen. Die Länder hatten ursprünglich gefordert, die spezialärztliche Versorgung auszuklamern und in

ein eigenes Gesetz zu fassen.

Beim Streitthema MVZ lehnt die Regierung dagegen Kompromisse ab. Die Länder plädieren dafür, die geltende Regelung beizubehalten – auch Einrichtungen in Form einer Aktiengesellschaft können bisher ein MVZ gründen, die Koalition will künftig nur Personengesellschaften und GmbHs als Träger zulassen. Das gehe an der Versorgungsrealität vorbei, hat der Bundesrat argumentiert, da sich zum Beispiel in Sachsen jedes zweite MVZ in der Trägerschaft eines Krankenhauses befindet, das eine andere Rechtsform hat.

Die Koalition geht auf dieses Argument nicht ein und verweist nur darauf, dass etablierte MVZ Bestandsschutz haben sollen.

Kuno Winn: Von der Verbandsspitze zur Alma mater

Drei Gesundheitsminister, zahlreiche Gesundheitsreformen und Ärzteproteste: Professor Kuno Winn hat in seiner Amtszeit als Chef des Hartmannbundes viel erlebt. Nach sechs Jahren ist nun Schluss.

BERLIN (sun). Professor Kuno Winn hat viele Auf und Abs während seiner Zeit als Chef des Hartmannbundes erlebt: Der ehemalige gesundheitspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion in Niedersachsen und jetziges FDP-Mitglied war ein politisches Sprachrohr der Ärzte. Er weiß, wie man im politischen Berlin Strippen zieht. Doch nun ist Schluss: Er wird den Platz an der Spitze des Verbandes freimachen. Auf der Hauptversammlung am kommenden Wochenende steht sein jetziger Stellvertreter, Dr. Klaus Reinhard, zur Wahl. Winn ist sich sicher, dass dieser, sollte er von den Vertretern gewählt werden, die Verbandspolitik in seinem Sinne fortführen wird.

Es gibt nach wie vor immer noch genug, wofür es sich aus Sicht Winns zu kämpfen lohnt: Die Kostenerstattung steht immer noch ganz oben auf der Wunschliste des Ärzterverbandes. „Dauerhaft wird die Politik nicht darum herum kommen, diese einzuführen“, so Winn. Doch das System der Kostenerstattung ist selbst mit der schwarz-gelben Koalition politisch nicht durchsetzbar. Das Modell ist umstritten und CDU und CSU haben der Forderung eine klare Absage erteilt. Nach Auffassung Winns ist die Kostenerstattung jedoch ein entscheidender Schritt zu mehr Eigenverantwortung und damit auch für eine notwendige „Kostenbegrenzung“. Dabei gehe es nicht darum, dass der Patient Vorkasse leiste, sondern Patienten reichten ihre Rechnung bei der Kasse ein und zahlten erst nach Geldeingang. „Noch ist die Zeit aber nicht reif für dieses System“, konstatiert der Verbands-Chef. Das bisherige müsse offenbar leider erst „an die Wand fahren“. Die Weichen für die Kostenerstattung seien aber gestellt. Schließlich setze sich die Kassenärztliche Bundesvereinigung für eine Einzelleistungsvergütung ein. Und diese sei die Voraussetzung für die Kostenerstattung.

Der 67-Jährige setzte sich während seiner Amtszeit auch für die Einheit der Ärzteschaft ein. Kaum als neuer Hartmannbund-Chef angetreten, hatte Winn im November 2005 erst einmal für Aufregung gesorgt: In der Ärzteschaft brodelte es, sie war unzufrieden mit der Sparpolitik der SPD-Gesundheitsministerin Ulla Schmidt in der großen Koalition. Daher hatte er gemeinsam mit anderen Verbänden die Ärzteproteste mitinitiiert – daraus entstand am Ende die Allianz deutscher Ärzteverbände.



Nimmt Abschied von der Spitze des Hartmannbundes: Professor Kuno Winn. © Hartmannbund

Aus heutiger Sicht weiß Winn: Er hatte das richtige Bauchgefühl. Damals erforderte die Entscheidung allerdings Mut: „Wie viele wirklich zu den Protesten erschienen, war damals unkalkulierbar“, erinnert sich Michael Rauscher, stellvertretender Hauptgeschäftsführer und Sprecher des Verbandes.

Gleich beim ersten Protesttag am 18. Januar 2006 in Berlin kamen etwa 20000 Ärzte. „Die Ärzte standen sogar bei der eisigen Kälte vor den Türen des Saals“, erinnert sich Rauscher. Mit diesem Erfolg habe man nicht gerechnet, resümiert Winn. Die Proteste haben eine „riesige Welle“ geschlagen, deren Wirkung zeige sich bis heute. Die Politik wisse um die Protestbereitschaft der Ärzte. „Und am Hartmannbund kommt man heute nicht mehr so leicht vorbei“, schmünzelt Winn.

Der Hartmannbund konnte in den vergangenen Jahren viele junge Mitglieder gewinnen. 20000 der insgesamt 75000 vom Verband vertretenen Ärzte sind Nachwuchsmediziner. Auch das ist ein Teil von Winns Vermächtnis, auch wenn er das selbst so nicht sagen mag.

Winns Zukunft steht im Sinne des medizinischen Nachwuchses: Er hat einen Lehrauftrag an der Fachhochschule Magdeburg-Stendal.